

VORWORT

Polizeibeschäftigte im Fokus



Foto: GdP Hessen

GdP-Chef Jens Mohrherr

Tarifverhandlungen

Seit dem Ausstieg des Bundeslandes Hessen aus der Tarifgemeinschaft der Länder unter der Verantwortung der CDU-geführten Landesregierung unter MP Roland Koch verhandelt das Land mit den Gewerkschaften in Hessen eigenständig.

Zur Erinnerung: Als einzige Polizeigewerkschaft sitzt die GdP Hessen mit am Verhandlungstisch¹ und verleiht den tarifpolitischen Forderungen, gerade für die Polizeibeschäftigten, Gesicht und Stimme.

Bisher war es so, dass zunächst die Tarifgemeinschaft der Länder verhandelt und ein Ergebnis vorlegt. Dann waren in den letzten zehn Jahren die Hessen gefragt, einen Tarifabschluss auszuhandeln. Dies ist in dieser Runde erstmals anders: Hessen verhandelt vor der TdL und in der anstehenden Abschlussrunde am **14. und 15. Oktober in Dietzenbach** werden wir alles daransetzen, dass es zu einem guten Abschluss für uns Beschäftigte kommt. **Die Axt am Tarifrecht muss uns wachrütteln!** Corona, leere

Haushaltskassen, Schuldenbremse, die Liste der Gründe, warum wir Polizeibeschäftigten doch bitte schön mit dem zufrieden sein sollen, was wir haben, ist nicht endlich, wenn man die Politiker fragt. Unsere Arbeitsplatzsicherheit wissen wir zu schätzen, aber: Wir leisten dafür auch einiges! Das wird oft vergessen, wenn der Rotstift und die „selbst verantworteten leeren Kassen“ keine finanziellen Spielräume für anständige Lohn- und Gehaltssteigerungen lassen!

Zum Auftakt der Tarifverhandlungen schallte aus der Pressestelle des Innenministers zu den Forderungen der Gewerkschaften: „Deutlich überzogen und nicht generationengerecht!“ Wer wenn nicht die Polizeibeschäftigten haben zur Bewältigung der Pandemie beigetragen? Es ist also ein perfekter Zeitpunkt, den Lobeshymnen der politisch Verantwortlichen auch Taten folgen zu lassen. Dazu Innenminister Beuth: „Unsere Auszubildenden, Angestellten und Beamten haben verlässlich und mit großem Engagement ihren wichtigen Dienst zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger erfüllt. Dafür danke ich Ihnen im Namen der Hessischen Landesregierung.“

Auch mit Blick in die zwischenzeitlich gestarteten Verhandlungen der TdL wird ei-

nes deutlich: Das verbale Gebaren der politischen Verhandlungsführer ist merklich unanständig! Bereits zu Beginn der Verhandlungen bei der TdL machten diese deutlich, dass sie zu keinen weiteren Gesprächen bereit sein werden, solange die Gewerkschaften nicht bereit sind, den Arbeitsvorgang im Sinne der Arbeitgeber zu verändern.

Es kommt auch bei dieser Tarifrunde auf uns alle an. Wir müssen konzertiert als Polizeibeschäftigte unseren Forderungen immer und überall spürbar Nachdruck verleihen, zusammenstehen und mit Herzblut für unsere Einkommensbedingungen kämpfen!

Neuorganisation der hessischen Spezialeinheiten hinter verschlossenen Türen! Ministerentscheid ohne Beschäftigten- und Gremienbeteiligung!

Nachdem im Juni Innenminister Peter Beuth das SEK beim PP Frankfurt am Main aufgelöst hat und räumlich in die Mudra nach Mainz-Kastel für über zwölf Wochen „verortete“, haben die medialen Aufschläge in diesem Zusammenhang bundesweit aufhorchen lassen. Eine eigens dafür errichtete BAO, die den Namen Expertenkommission SEK trug, wurde installiert. Was man dabei aber ignorierte, waren und sind die Beteiligungsrechte der Personalräte und des Hauptpersonalrats der Polizei. Unmittelbar vor der medialen Ergebnispräsentation der Expertenkommission am 26. August in Wiesbaden, genauer gesagt am Vortag um 16 Uhr, lud Innenminister Beuth die Vorsitzenden der Gewerkschaften und des Berufsverbandes sowie den Hauptpersonalratsvorsitzenden zu einem Informationsaustausch zum Ergebnis. Was aber tags darauf den Medien auch optisch präsentiert wurde, war am Vortag leider nicht zu sehen. Gerne hätten wir die gezeigten Bilder in der Pressekonzferenz als Zeichen des wertschätzenden Vertrauens und in Zusammenarbeit mit dem HPR der Polizei früher gesehen. Nein, ein Minister muss auch mal so entscheiden, trifft es am besten. Die Sorge um die Beteiligung, die nach dem HPVG rechtzeitig und umfassend stattzufinden hat, wurde in diesem Vorgang mit dem Hinweis „das holen wir alles im Umsetzungsprozess nach“ bewusst ausgeblendet.

Unsere Meinung zum Gesamtvorgang ha-

¹ Die DPoIG ist über den Dachverband dbb beamtenbund und tarifunion beteiligt, der BDk nimmt nicht an den Tarifverhandlungen teil.



ben wir in zahlreichen Statements, in der Presse und im Fernsehen verdeutlicht.

Wir tolerieren kein Fehlverhalten in den eigenen Reihen, wenn es denn vorliegt. Die uns zwischenzeitlich bekannten juristischen Gutachten zum Sachverhalt lassen vermuten, dass viele im Raum stehenden Vorwurfslagen rechtlich haltlos sind! Mitteilungen an die Polizeibeschäftigten? Fehlanzeige! Einbeziehung der Gremienvertreter (Personalrat und Gleichstellungsbeauftragte, SBV) in den Gesamtprozess? Nicht erwünscht! Wer eine neue Fehlerkultur propagiert und selbst einen Fehler nach dem anderen macht, muss sich nicht wun-

dern, wenn Vertrauen und Verständnis vieler hessischer Polizeibeschäftigte verloren gehen! Ohne die Einbeziehung des Hauptpersonalrates und der Gremien werden landesweite Strukturen aufgelöst und ein neues „Einsatzpräsidium“ aus dem Boden gestampft. Eine polizeiliche Neuorganisation von dieser Dimension kann man nicht verordnen – sie muss in einem breiten Beteiligungsprozess erwachsen. Daher lehnen wir die vorgelegten Pläne ab und werden alle personalvertretungsrechtlichen Mittel ausschöpfen, um den „Verordner und Innenminister“ an den Verhandlungstisch zu zwingen. Im Übrigen beweist der „grüne Ko-

alitionspartner durch Wegdücken“ erneut, was er von der Polizei und deren Beschäftigten hält“! Die GdP Hessen wird sich sehr intensiv darum kümmern, dass zu Unrecht beschuldigte Beschäftigte reputiert werden und das Bild der Polizei Hessen nicht weiter in den Schmutz gezogen wird.

Vor diesem Hintergrund hat der Hauptpersonalrat der Polizei in seiner Sitzung im August beschlossen, das bisherige Verfahren unter Wahrung der Vorschriften nach dem HPVG rechtsanwaltschaftlich überprüfen zu lassen.

Jens Mohrherr

POLITISCHE GESPRÄCHE IN DER SOMMERPAUSE

MdL Thomas Hering im Gespräch mit der GdP



Foto: GdP/Hessen

Trotz der Sommerpause – oder gerade deswegen – löste der Landtagsabgeordnete und GdP-Mitglied Thomas Hering (CDU) sein vor geraumer Zeit angekündigtes Versprechen zu einem Meinungsaustausch in der GdP-Geschäftsstelle in Wiesbaden ein. Polizeiliche Themen sind auch in der Sommerpause gefragt! Auf den Nägeln brennt natürlich der derzeitige mediale Umgang mit der hessischen Polizei und ihren

Beschäftigten! Kollektiv werden Polizeibeschäftigte bei Amtshandlungen als „Rechte“ beschimpft und teils schwer beleidigt. Auch die anstehenden Tarifverhandlungen, Hessen verhandelt erstmals in der eigenständigen Tarifgeschichte im Oktober 2021 vor dem Bund, waren Thema. Nach der erfolgten Anhörung im Hessischen Landtag zur Neugründung der Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit (HöMS)

wollten wir auch bei diesem Gespräch nichts unversucht lassen, dem unsäglichen Vorhaben der Landesregierung, den Studierenden der Polizei das Wahlrecht für den örtlichen Personalrat zu entziehen, doch noch argumentativ begegnen zu können.

Der Landesvorsitzende begrüßte den Kollegen und Abgeordneten in den Räumen der GdP. Zur Einführung gab er aus Sicht der Personalräte, aber auch der vielen Gewerkschaftsvertreter ein Stimmungsbild aus der Mitte der Polizeibeschäftigten ab. Derzeit mangelt es vielen Polizeibeschäftigten an Vertrauen in die Institution Polizei! Der harte Umgang des Ministers, insbesondere im Fall der Auslösung des SEK Frankfurt und dem temporären Umzug der dort verbleibenden Kollegen in die Mudra-Kaserne hat nicht nur bei den Betroffenen, Familien und Angehörigen Spuren hinterlassen. Es ist viel von Vorverurteilung und damit einhergehenden Unterstellung, alle hätten eine rechtsextremistische Gesinnung, zu hören. Die zwischenzeitlich in einigen Printmedien abgedruckten Beiträge machen deutlich, dass die Öffentlichkeit gesucht wird. Im Rechtsstaat gilt für jeden die Unschuldsvermutung. Die sofortige Amtsenthebung einzelner ohne akribische Ausermittlungen durch die Verantwortlichen Stellen lassen diesen Schluss zu! Aus Sicht der Personalräte ist die Expertenrunde ohne eine umfassende personalrätliche Einbindung und Beteiligung ebenfalls wenig transparent! Zudem wurde offenbar, dass staatsanwaltschaftliche Überprüfungen an-



dauern, aber es absehbar sei, dass nur wenige Nachrichten strafrechtlich relevant sind. Insbesondere und das treibt uns richtig um, ist die Tatsache, dass viele Polizeibeschäftigte im Dienst so verunsichert sind und auch Angst haben, beispielsweise bei Personenkontrollen von Migranten sofort als „rechts-extremistische Polizei“ in der Öffentlichkeit in den sozialen Medien ausgemacht zu werden! Ohnehin werden viele von uns kollektiv als „rechts“ beschimpft!

Jörg Thumann, Personalratsvorsitzender der HPA, bekräftigte in diesem Gespräch nochmals die GdP-Linie. Es wird argumentiert, dass angesichts der Größenordnung von ca. 3.000 Polizeianwärtern deren Gewicht im Rahmen der Interessenabwägung auf örtlicher Ebene überproportional hoch gegenüber dem Stammpersonal der Hochschule (geschätzt ca. 380 Beschäftigte) wäre. Dies kann nicht zu einem Ausschluss vom Wahlrecht führen, zumal diese Argumentation ins Leere läuft. Der Schwerpunkt der neuen Hochschule wird in der Ausbildung des Polizeinachwuchses und der polizeilichen Fortbildung liegen. Dementsprechend stellen die Polizeianwärter mit einer Zahl von ca. 3.000 die überwiegende Mehrzahl der Beschäftigten an der Hochschule. Dieser personale Schwerpunkt muss sich rechtlich zwingend beim Wahlrecht zum Personalrat widerspiegeln. Das sog. Stammpersonal, das den proportional deutlich kleineren Teil der Beschäftigten ausmacht, würde ansonsten im Wesentlichen den Personalrat wählen. Damit würde sich das dargestellte Beschäftigungsverhältnis im Personalrat nicht widerspiegeln. Eine Wahl, bei der der proportional größte Anteil der Beschäftigten nicht wählen darf, ist nicht allgemein im Sinne von Art. 37 der Hessischen Landesverfassung. Letztlich ist darauf hinzuweisen, dass der Ausschluss der Polizeianwärter vom Wahlrecht ein verheerendes Signal für das Demokratieverständnis junger Menschen wäre. Sie sollen an der Hochschule zu Polizeibeamten ausgebildet werden und lernen dort Gesetz und Recht kennen, respektive den verfassungsrechtlichen Rahmen. Gleichzeitig verwehrt man ihnen aber die praktische Umsetzung des Erlernten, nämlich an einem direkt-demokratischen Prozess – der Wahl zum Personalrat – teilzunehmen. Es bedarf keiner weiteren Ausführungen dazu, dass dies bei jungen Menschen, die langsam an den Beruf und die Übernahme von Verantwortung her-

angeführt werden sollen, zu Unverständnis und demokratischer Gleichgültigkeit führen wird.

Daniel Klimpke als Mitglied der GdP-Tarifkommission rückte in seinem Statement die Forderungen der GdP, die kurz zuvor in der GdP-Tarifkommission beschlossen wurden, in den Fokus. Neben einer Erhöhung der Entgelte von 6 % bei einer Laufzeit von zwei Jahren muss auch eine flexible Gestaltung des Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst folgen, um wahlweise Entgelterhöhung oder Arbeitszeitverkürzung nutzen zu können. Eine anteilige Jahressonderzahlung bei Ausscheiden bzw. Renteneintritt ist ebenso wie die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifabschlusses auf die Beamt*innen und Versorgungsempfänger*innen folgerichtig! Die Differenzierungsklausel muss auch zur Anwendung kommen; so z. B. fordern wir einen freien Tag ausschließlich für Gewerkschaftsmitglieder. Wie bereits in den Forderungen zum nächstjährigen Landeshaushalt postuliert, dürfen die längst fälligen Höher-

gruppierungen für unsere Tarifbeschäftigten in den Entgeltgruppen E 3–E 6 nicht ausbleiben! Neben der bereits im letzten Jahr geforderten Corona-Sonderzahlung, die Steuer- und Abgabefrei ausgezahlt werden muss, fordern wir auch ein Fahrrad-Leasing für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst!

Der Abgeordnete Thomas Hering hatte sich an diesem Tag viel Zeit genommen, um die vorangestellten Themen immer wieder anlassbezogen argumentativ zu vertiefen, nachzufragen und auch auf Machbarkeit zu prüfen. Voraussetzung für eine solche Machbarkeit ist der bestehende Koalitionsvertrag von CDU und Bündnis 90/ Die Grünen. In seinem Schlusswort äußerte der Landesvorsitzende die Sorge, dass zu befürchten ist, dass der „Grüne Koalitionspartner“ offensichtlich die Sorgen, Nöte und Bedürfnisse der Polizeibeschäftigten zu sehr mit den seit über zwei Jahren andauernden „rechten Vorwurfslagen“ verknüpfe!

Jens Mohrherr

POLIZEI **DEIN PARTNER** Gewerkschaft der Polizei

Wir brauchen dich!

Der VDP – der Verlag deiner Gewerkschaft – sucht Kollegen, die neben Beruf oder Ruhestand Zeit und Lust für eine gut bezahlte Tätigkeit als freiberuflicher Anzeigenverkäufer in Hessen haben.

Hilf uns, unsere Präventionsschriften für die GdP in Hessen zu bewerben und herauszubringen.

Nähere Informationen erhältst du unter www.vdp-polizei.de. Oder ruf uns an unter Telefon 0211 7104-183 (Antje Kleuker).

Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit dir!



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung

Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei

Forststraße 3a, 40721 Hilden

Telefon 0211 7104-183, Frau Antje Kleuker

antje.kleuker@vdp-polizei.de

www.vdp-polizei.de



F.A.Z. RHEIN-MAIN, 24. JULI 2021, SEITE 42

„Wie eine lebende Zielscheibe“

HANAU – Seit der Attentatsnacht werden Polizisten immer wieder verbal attackiert und beleidigt. Die Stimmung ist angespannt. Ein Gewerkschaftler berichtet von den Belastungen des Einsatzes und den Folgen für die Beamten.

Von Luise Glaser-Lotz

Viele „schlimme Sprüche“ müssen sich Beamte der Hanauer Polizei auf Streife derzeit anhören. Nicht selten werden sie von Passanten auf der Straße angesprochen und mit Blick auf den Anschlagabend vom 19. Februar 2020, als ein rassistischer Täter neun Menschen mit Migrationshintergrund, dann seine Mutter und schließlich sich selbst tötete, mit Vorwürfen konfrontiert und auch verbal

beleidigt. Von diesen Erfahrungen berichtet Markus Hüschentbett von der Gruppe Main-Kinzig der hessischen Polizeigewerkschaft. „Die Stimmung in Hanau gegenüber der Polizei ist derzeit besonders angespannt“, sagt er.

Das trifft vor allem die an dem Abend diensthabenden Beamten der Hanauer Polizeistation, obwohl nach Einschätzung der Staatsanwaltschaft alle korrekt gehandelt ha-

ben und keinerlei Verstoß gegen die Dienstvorschriften vorliegt (F.A.Z. vom 16. Juli). Die Staatsanwaltschaft hatte Vorermittlungen angestellt, nachdem der Vater des getöteten Vili Viorel Paun eine Anzeige gegen die Polizei gestellt hatte wegen fahrlässiger Tötung seines Sohnes. Dieser hatte den Attentäter im Auto verfolgt und vergeblich versucht, den Notruf der Polizei zu erreichen. Der Vater geht davon aus, dass ein Gespräch mit einem Beamten Vili Viorel davon abgehalten hätte, sich weiter in Lebensgefahr zu begeben. Einen Beweis für diese Annahme sah die Staatsanwaltschaft nicht, allerdings wurde das Notrufsystem als unzureichend eingestuft.

Dass die diensthabenden Beamten an dem Abend für dieses Defizit nicht verantwortlich sind, dürften auch diejenigen einsehen, die der Polizei gerade mit Vorbehalten gegenüberstehen. Hüschentbett und seine Hanauer Kollegen erfahren derzeit allerdings ein krudes Gemenge aus Vorwürfen. Viele Menschen vermischten die Vorgänge bei dem inzwischen wegen rechtsradikaler Chats aufgelösten Frankfurter SEK mit den Geschehnissen in Hanau. Am meisten aber trafen die Beamten die Beschuldigungen von Opferangehörigen und Überlebenden des Anschlags wegen unprofessionellen und rücksichtslosen Verhaltens am Tatort Kurt-Schumacher-Platz – Anwürfe, die teilweise auch in Richtung der Rettungsdienste gegangen sind.

Die Einsatzkräfte hätten plan- und hilflos gewirkt, hieß es beispielsweise. Polizisten seien achtlos über Tote und Verletzte gestiegen. Außerdem sei es vorgekommen, dass Verletzte oder Angehörige empathielos nach ihren Ausweispapieren gefragt worden seien.

Der Gewerkschaftsvertreter weist die Beschuldigungen als haltlos zurück. „Man riskiert bei einem solchen Einsatz das eigene Leben und wird danach noch beschuldigt“, verteidigt Hüschentbett seine Kollegen. Die Beamten führen bei einem solchen Einsatz ins



Foto: M. Hüschentbett



Foto: GdP Hessen

Markus Hüschenbett



Ungewisse. Der Stresspegel sei für alle hoch. Am Einsatzort sei die vordringlichste Aufgabe der Polizei, die Lage zu sondieren, um festzustellen, ob noch Gefahr von einem oder mehreren Tätern ausgehe. Der Tatort müsse gesichert werden, damit beispielsweise auch die Rettungskräfte ihre Hilfe gefahrlos erbringen könnten. Dass in einer solchen Situation auch Menschen, die beispielsweise in einem Auto säßen, kontrolliert werden müssten, liege auf der Hand. „Niemand wusste an dem Abend, wer der Täter war, wie er aussah und ob er Komplizen hatte.“

Es gebe zwar Trainings für den Einsatz bei Amokläufen, aber jede Situation stelle sich anders dar. Man fühle sich bei solchen Einsätzen wie eine lebende Zielscheibe, deshalb müsse besonnen und kontrolliert vorgegangen werden. Die Wut der Opferangehörigen sei ein „Katalysator“ für ihre Trauer, meint Hüschenbett. Doch die Einsatz- und Rettungskräfte seien dafür die falschen Adressaten.

Die Vorwürfe und Beleidigungen wiegen umso schwerer, als gerade die Polizei in Hanau und dem Main-Kinzig-Kreis unter der mangelhaften Besetzung der Dienststellen zu leiden und trotzdem ihr Bestes gegeben habe. „Wir wiederholen gebetsmühlenartig

seit Jahren, dass es gravierend an Personal fehlt“, sagt Hüschenbett.

An der Stärke der Besetzung habe sich im Zuständigkeitsgebiet des Polizeipräsidiums Südosthessen seit Langem nichts geändert, obwohl neue Wohngebiete entstanden seien, die Bevölkerungszahl wachse und die Einsatzgebiete der Polizei vielfältiger geworden seien. Anders als in den anderen hessischen Polizeipräsidien müssten die Polizisten in einem Vier-Schicht-Betrieb arbeiten, üblich sei mittlerweile ein Fünf-Schicht-Betrieb. Der Vier-Schicht-Betrieb bedeute für die Beamten weniger Ruhepausen, mehr Nachtdienste und in der Folge einen höheren Krankenstand in den Präsidien. In den fünf Polizeistationen im Main-Kinzig-Kreis ist die Lage laut Hüschenbett besonders besorgniserregend: „Wenn es dort eine Einsatznacht wie in Hanau gegeben hätte, dann wäre das viel schwieriger geworden.“

Für die Einführung eines Fünf-Schicht-Betriebs sei zusätzliches Personal erforderlich. Nur die Polizeistation Hanau I sei personell so aufgestellt, um diesen Schichtdienst zu organisieren. In allen anderen Polizeipräsidien in Hessen seien die erforderlichen Personalzahlen für einen Fünf-

Schicht-Betrieb längst vorhanden. Für eine Stadt von der Größe Hanau sei trotz des Fünf-Schicht-Betriebs in der Station I der Einsatz von drei Streifen nicht ausreichend, es müssten mindestens vier sein, sagt der Gewerkschaftssprecher.

Am Attentatsabend sei beispielsweise eine Hanauer Streife zu einer Bombenentschärfung im südlichen Teil des Zuständigkeitsgebiets des Präsidiums abgezogen worden. Zwar habe es Einstellungen gegeben, doch mache sich dies nicht bei der Streifenstärke bemerkbar, da die neuen Kollegen beispielsweise zur Bekämpfung der Internetkriminalität oder für den Staatsschutz eingesetzt würden. Für die Zukunft sieht Hüschenbett zudem ein Einstellungsproblem: In nächster Zeit kämen die geburtenstarken Jahrgänge ins Rentenalter. Viele Polizeibeamte und Polizeibedienstete verließen den Dienst, doch es fehle an Nachwuchs, auch weil viele die dreijährige Ausbildung wegen der hohen Anforderungen vorzeitig abbrächen. ■

© Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt. Zur Verfügung gestellt vom Frankfurter Allgemeine Archiv

KREISGRUPPE BEREITSCHAFTSPOLIZEI

Vorstand und Vertrauensleute (VL) treffen sich in Lich zum GdP-Seminar

Längst überfällig und geplant war der Meinungsaustausch von Vertrauensleuten (VL) und Vorstandsmitgliedern der Kreisgruppe BePo Lich. Trotz Sommerferien und Urlaubsvakanzen trafen sich Mitte August Kolleginnen und Kollegen im „Herzen der Natur“. Zunächst stand ein internes Seminar an, welches verschiedene Bausteine künftiger GdP-Arbeit zum Inhalt hatte. Als Referent konnte Jens Mohrherr gewonnen werden, der Mitte der 1990er-Jahre selbst mehrere Jahre im Kreisgruppenvorstand der BePo Lich tätig war. Das Themenportfolio reichte von der Einführung in die Thematik „Gewerkschaften“ über die GdP immanenten Zahlen – Daten – Fakten. Auch der Aufbau und die Organisation der GdP Bund, Land, und -Bezirksgruppe waren Thema. Eine Schlüsselrolle haben dabei unsere Vertrauensleute. Sie sind das wich-

tigste Bindeglied zwischen den Mitgliedern und dem Vorstand. Sie sind entscheidend dafür, wie lebendig die GdP von ihren Mitgliedern wahrgenommen wird. Vertrauensleute brauchen aber auch die Unterstützung der GdP. Gefordert sind vor allem praktische Hilfen, die einen hohen Gebrauchswert bei der Arbeit in den Einheiten, Dienstgruppen, Kommissariaten und allen anderen Bereichen haben. Wie man als Vertrauensmann/oder Vertrauensfrau selbstsicher im Umgang mit Beschäftigtenfragen wird, konnte anhand vieler praktischen Beispiele vermittelt werden. Immer wieder gibt es Fragen auf den Dienststellen oder von Vorgesetzten zu Aktivitäten von GdP-Vertretern. Oft wird ihnen unter sagt, bestimmte Dinge zu tun, sich für die Beschäftigten zu engagieren oder anderweitig als GdP vor Ort aufzutreten. Dabei sind

es auch die grundsätzlichen Dinge, wie zum Beispiel Werbung für die GdP machen zu dürfen. Dies wurde bereits vor vielen Jahren höchststrichterlich entschieden. Jedes Mitglied der GdP kann also auf den Dienststellen Werbung für seine Gewerkschaft machen. Sei es durch Aushänge an den grünen Brettern, Auslegung von Informationsmaterial, aber auch durch individuelle Gespräche. Man muss nicht ein „Funktionär“ der GdP sein. Der Schutz von VL und Vorständen (BAG vom 23. Februar 1979) ist manifestiert: **„Der verfassungsrechtliche Schutz ist nicht auf die Gewerkschaft als Institution beschränkt, er erstreckt sich auch auf das Recht ihrer Mitglieder, aktiv an der koalitionsmäßigen Gewerkschaftswerbung teilzunehmen.“** Sicherlich hilfreich für die Kolleginnen und Kollegen vor Ort, wenn insbesondere Vorgesetzte kri-



Foto: BfG, Bereitschaftspolizei

Von links nach rechts: Christian Fuchs, Sven Knebel, Joana Kehm, Anastasia Degl und Jens Mohrherr

tisch auf das Tätigwerden junger Gewerkschafterinnen blicken. Auch für Möglichkeiten bei den Mitgliederwerbungen gibt es höchstrichterliche Beschlüsse (BVerfG vom 14. November 1995): „Der Schutz des Art. 9 Abs. 3 GG beschränkt sich nicht auf diejenigen Tätigkeiten, die für die Erhaltung und die Sicherung des Bestandes der Koalition

unerlässlich sind; er umfasst alle koalitionspezifischen Verhaltensweisen. Dazu gehört die Mitgliederwerbung durch die Koalition und ihre Mitglieder. Auch die Gesamthematik Behördlicher Rechtsschutz (Verwaltungsvorschriften über die Gewährung von Rechtsschutz für Landesbedienstete; Gemeinsamer Runderlass des Ministe-

riums des Innern und für Sport, zugleich im Namen der Staatskanzlei und der Ministerien, Bezug: Gemeinsamer Runderlass des Ministeriums des Innern und für Sport, zugleich im Namen der Staatskanzlei und der Ministerien vom 18. Dezember 2012 (StAnz. 2013, S. 170) sowie die Erfüllungsübernahme von Schmerzensgeldansprüchen (§ 81 a HBG) nahm breiten Raum ein. Abgerundet wurden die Themen mit dem hervorragenden Leistungspaket der GdP, welches allen Mitgliedern zur Verfügung steht. Am Nachmittag konnte dann Erlerntes gleich umgesetzt werden. Die vielen GdP-Kolleginnen und Kollegen, die sich zu dieser Zeit im Grundlagentraining in der BePo Lich befanden, konnten in Gesprächen von den Leistungen der GdP überzeugt werden. Abschließend führten dann noch der KG-Vorsitzende Christian Fuchs und der Landesvorsitzende ein einstündiges Gespräch mit Angehörigen der BFE 28. Entsprechende Sorgen und Nöte wurden aufgegriffen und werden der Sacharbeit, im Personalrat der Bereitschaftspolizei, in der Bezirksgruppe und in den Landesvorstand einfließen.

Jens Mohrherr

JUBILAR

10-jähriges Arbeitsjubiläum in der GdP-Geschäftsstelle

Am 15. August 2021 blickte unser Mitarbeiter Dominic Kosik auf nunmehr zehn Jahre Zugehörigkeit zur Geschäftsstelle und damit zur GdP zurück. 2011 begann der in Wiesbaden beheimatete Dominic Kosik in den Geschäftsstellenräumen, damals noch im ersten Stock in der Wilhelmstraße. Der zweifache Familienvater reflektierte die zurückliegenden zehn Jahre im Rahmen eines Arbeitsfrühstücks und in Anwesenheit von Sarah Hoffmann und Jens Mohrherr Mitte August. Da die anderen Kolleg*innen der Geschäftsstelle im Urlaub weilten, bot sich für Sarah und mich ausreichend Gelegenheit, in entspannter Atmosphäre auf die letzten Jahre gemeinsam mit dem Jubilar zurückzublicken. Immerhin zwei Landesvorsitzende und drei

Kolleginnen, die seither in den Ruhestand gingen, hat er erlebt. Dies macht Dominic im Übrigen nach Bernd Kuske-Schmittinger zum zweitlängsten Beschäftigten in unseren Räumen in der Wilhelmstraße. Mit einem Gutschein eines feinen italienischen Restaurants im Herzen von Wiesbaden bedankte sich der Landesvorsitzende für die bisher geleistete Arbeit. „Mir macht die Arbeit bei der GdP immer noch Spaß“, resümierte ein gut gelaunter Dominic Kosik an diesem Tag. Wir, die Kolleg*innen der Geschäftsstelle und sicherlich viele GdP-Mitglieder, die diese Zeilen lesen, wünschen dir weiterhin viel Arbeits- und Berufsfreude bei deiner GdP!

Jens Mohrherr



Foto: GdP-Hessen



RUHESTAND

Stefan Rücker – Vermittler und Moderator

Dass der Präsident des HPT diese Kontinuität gewahrt sieht, ist eine unüberhörbare Wertschätzung der Arbeit von EPHK Stefan Rücker. „Es waren fünf Jahre der überaus konstruktiven Zusammenarbeit“, zieht Karl-Heinz Reinstädt Bilanz. „Stefan Rückers Art ist es nicht, mit der Tür ins Haus zu fallen, sondern stets vermittelnd und moderierend aufzutreten. Lösungen haben wir immer gemeinsam gefunden.“ Dazu passt, was Stefan Rücker als sein Motto ausgibt: „Kommunikation ist oberstes Gebot. Leider findet man heute immer mehr Einzelkämpfer mit All-inclusive-Mentalität.“

Der 1961 in Heistenbach (Rhein-Lahn-Kreis) geborene Rücker begann seine Polizeiaufbahn 1979 mit dem Grundlehrgang für Polizeiwachtmeister. Seine wichtigsten Stationen waren im kurzen Überblick:

- Fernmeldebetriebsbeamter in der Fernmeldeleitstelle der Hessischen Polizei
- Einsatzsachbearbeiter im Führungs- und Lagedienst im Hessischen Polizeiverkehrsamt
- Dort und in der Nachfolgeorganisation PTLV später auch Dienstgruppenleiter und Abwesenheitsvertreter des Polizeiführers vom Dienst

- Verwendungen unter anderem als verantwortlicher Koordinator der Landesmeldestelle für den Verkehrswarndienst der hessischen Polizei
- Sachgebietsleiter Analogfunk und im Sachgebiet 431 – Regionale Technikaufgaben.

Im Jahr 2016 schließlich wählte der HPT-Personalrat ihn, der ebenfalls Jahrzehnte Mitglied in der GdP ist, zu seinem Vorsitzenden.

1981 trat er, damals in der Mudra-Kaserne, in die GdP ein und blieb ihr bis heute treu.

Sein 40-jähriges Dienstjubiläum feierte er im Jahr 2019. Mit dem Vorsitz im Personalrat des HPT hat er die vergangenen Jahre noch einmal „Gas gegeben“, wie ein Personalrat uns berichtete. Aus weiteren gut informierten Quellen wissen wir, dass Stefan per Personalratsbeschluss vom 27. Oktober 2004 zu einem HPVG-Seminar geschickt wurde. Was daraus wurde, konnten die Beschäftigten und die Behördenleitung dann in den vergangenen Jahren selbst erfahren.

Bis zu seiner formalen Pensionierung im kommenden Oktober 2021 wird Stefan Rücker seine angehäuften Überstunden, Resturlaub und das Guthaben auf dem Lebensarbeitszeitkonto nutzen, um seinen Ruhestand vorzeitig zu genießen. Er kann sein Häuschen



Foto: GdP/Hessen

Stefan Rücker

in Heistenbach renovieren – vermutlich auch dort mit einem vergnügten Pfeifen auf den Lippen, mit dem sich meist sein Kommen auf den Fluren des HPT ankündigte.

Ebenso eingängig war sein Abschiedsgruß, den wir ihm an dieser Stelle gerne ebenfalls hinterherrufen: Horrido, Stefan Rücker!

Mark Weber

RUHESTAND

Ralf Humpf im „Vor“-Ruhestand

In der unmittelbaren Nachfolge als Vorsitzender des Personalrats beim Hessischen Landeskriminalamt lernte ich, damals noch als zweiter Mann im Windschatten des legendären HPR-Chefs Henning Möller tätig, Ralf Humpf kennen.

Rechtzeitig und umfassend, so wie es das HPVG vorsieht, wurde Ralf von Gerhard Rüppel in die Geheimnisse der Personalratsarbeit eines Vorsitzenden eingeweiht. Ein zweiter Schreibtisch musste her, und los ging es.

Nachdem Gerhard verabschiedet war, ging es in der gemeinsamen Arbeit richtig

los. Bei den Personalratswahlen 2008 rückte Ralf Humpf als ordentlich gewähltes Mitglied in den Kreis des Hauptpersonalrats auf.

Viele Ideen und gemeinsame Gefechte, immer im Sinne unserer Beschäftigten, sind mir in den ganzen Jahren gemeinsamer Zusammenarbeit in Erinnerung geblieben. Hart in den Verhandlungen, ehrlich, aber die eigene Meinung stets und unnachgiebig vertretend, diese Punkte beschreiben es am besten, was ihn ausmachte.

Im gemeinsamen Dialog mit Ministern und Staatssekretären wurde schnell deut-

lich, dass Respekt und Anerkennung mit den Jahren wuchsen. Nachdem Henning Möller 2010 das Amt des HPR-Vorsitzenden an mich abgab, traten Ralf und ich im „Zweiteam“ im HPR auf. Unvergessen bleiben mir dabei die gemeinsamen Reisen zu den Hessentagen, zu denen wir mit Staatssekretär Koch verhandelten.

Zu den diesjährigen Personalratswahlen trat Ralf nicht mehr an. Das Feld für seinen Nachfolger hat er bestellt – ernten muss Matthias Lange selbst.

Lieber Ralf, mal sehen, was dir dein dritter Lebensabschnitt bringt. Auf jeden Fall viel Zeit „für den besten Opa“ der Welt, da bin ich mir sicher. Genieße deine Zeit und das sehr lange.

Jens Mohrherr





Mein lieber „Humpfi“,

so darf ich das an dieser Stelle sagen. Keine langen Verse, keine Lobhuddelei, denn ich weiß, du magst das nicht.

Aber ein paar Worte seien mir gestattet. Es war mir immer eine Freude, mit dir in gerade kritische und umfangreiche Vorgänge tiefer einzusteigen.

Während sich viele andere schon zurückgezogen und verstummt haben, haben wir erst begonnen. In teils seitenlangen Stellungnahmen haben wir so manche aus dem LPP oder dem ministeriellen Bereich ins Grübeln gebracht.

Geflügelte Worte wie „das waren doch wieder der Humpf und der Wittig“ zeugen auch von einer fachlichen Anerkennung unserer „Gegner“.

Am Ende standen aber immer die Beschäftigten im Mittelpunkt unseres gemeinsamen Wirkens. Und so manche werden auch froh sein, dass du bzw. wir beide nicht mehr auf der Brücke stehen.

Ich möchte dir ein herzliches Dankeschön zurufen.

Denke in Zukunft oft einmal an diese spannenden und lustigen Zeiten zurück und kümmere dich um deine Familie, die Zeit hast du nun dafür.

Peter Wittig



Foto: GfP-Hessen

Ralf Humpf

DP – Deutsche Polizei Hessen

Geschäftsstelle
Wilhelmstraße 60 a, 65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 99227-0
Telefax (0611) 99227-27
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke

Redaktion
Markus Hüschentt (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Hessen
Wilhelmstraße 60 a, 65183 Wiesbaden